

Selfies als Brückenbauer

Flüchtlinge zu Besuch an der Kantonsschule Uster

Flüchtlinge und Kantonsschüler begegnen sich – im Durchgangszentrum und im Klassenzimmer. Auch wenn sie nicht dieselbe Sprache sprechen, beim Selfie-Schiessen verstehen sie sich.

NINA KUNZ

Es ist laut im Musikzimmer an der Kantonsschule Uster. Rassel, kleine Trommeln und Djembes werden wild durcheinander gespielt. «No, we are trying to make a rhythm all together», mahnt eine Schülerin, und die Gruppe verstummt. Im Unterricht sind heute rund ein Dutzend Flüchtlinge aus dem Übergangszentrum Weinfelden zu Gast. Alle sitzen am Boden. Die Klasse beginnt erneut. Diesmal klatschen alle im Takt und singen: «Hello, hello, hello.»

Der Besuch der Flüchtlinge ist der Schlusspunkt der Politik-Woche an der Kantonsschule Uster zum Thema «Asylland Schweiz». Die Sechstklässler verbrachten den Dienstag in verschiedenen Durchgangszentren, am Mittwoch diskutierten vier Nationalräte an der Schule über Asylpolitik, und am Donnerstag stellte Martin Bucher vom SEM das Aufnahmeverfahren in der Schweiz vor.

In Privatsphäre eindringen

An diesem Morgen absolvieren Flüchtlinge aus drei unterschiedlichen Durchgangszentren vier Kurz-Lektionen in den Fächern bildnerisches Gestalten, Chemie, Biologie und Musik. Den Unterricht haben die Schülerinnen und Schüler vorbereitet. Wer nicht als Lehrperson im Einsatz ist, übernimmt andere Aufgaben, wie das Herumführen der Gäste oder das Zubereiten des gemeinsamen Mittagessens. Die Maturandin Anna ist für die Presse zuständig.

Der Besuch im Asylheim sei schön gewesen, sagt sie. «Aber es war schon ein wenig schräg, als Klasse in die Privatsphäre der Flüchtlinge einzudringen.» Besonders traurig gewesen sei, dass sich ein Flüchtling bei einem Spiel geschämt habe, bei welchem sich die Jugendlichen die Hände gereicht hätten. «Er hatte nur noch drei Finger.»

Vielleicht alles Hochbegabte

Am Besuchsstag an der Kantonsschule zeigen die Schülerinnen und Schüler unter anderem einige chemische Experimente. Sie vermengen Backpulver mit Essig, so dass ein Gas entsteht, mit dem die Flamme einer Kerze wie von Geisterhand ausgelöscht werden kann. Die Gruppe applaudiert begeistert. Einer der Flüchtlinge, der etwas Deutsch spricht, sagt, sein Kollege habe Chemie



Schülerinnen und Flüchtlinge beim gemeinsamen Chemie-Experiment.

CORINNE KRÄMER / NZZ

studiert. Dieser schaut beschämt zu Boden. Zwei Mädchen staunen und tuscheln: «Vielleicht sind das alles Hochbegabte und lachen uns heimlich aus, weil wir Kindergeburtstags-Tricks vorführen.»

Um zehn Uhr treffen sich die Maturanden und die Flüchtlinge zum Pausenkaffee. Es herrscht grosses Gedränge im kleinen Klassenzimmer. Tederos, ein junger Mann aus Eritrea, möchte unbedingt, dass in der Zeitung steht, dass die Musik-Lektion ausgezeichnet gewesen sei. «Ich werde traurig sein, wenn ich nächste Woche nicht hierherkommen kann», sagt er auf Englisch. Solche Ablenkungen helfen ihm, die Vergangenheit zu vergessen.

Ähnlich tönt es bei Asif. Er ist aus Afghanistan geflüchtet und seit zwei Monaten in der Schweiz. In kürzester Zeit hat er fließend Deutsch gelernt. «Ich möchte nach vorne schauen und neue Leute kennenlernen», sagt Asif. Im Durchgangszentrum gebe es leider wenig Gelegenheit dazu. «Die Schweizer, die ich bis jetzt kennengelernt habe, sind dafür sehr hilfsbereit.» Er wisse aber, dass gewisse Politiker die Flüchtlingszahlen begrenzen wollten. «Diese möchte ich fragen: Würden Sie alles, was Sie lieben, aufgeben, wenn die Situation nicht echt bedrohlich wäre?»

Die Schülerin Alina steht still neben Asif. Nach einer Weile sagt sie: «Jetzt, da ich Flüchtlinge wie dich kenne, kann ich mich besser in eure Lage versetzen.» Vorher habe sie stets nur von Zahlen und Strömen gehört.

Nicht alle Flüchtlinge können sich mündlich verständigen. Doch das Smartphone funktioniert als Brückenbauer. In der Pause werden Hunderte von Gruppenbildern und Selfies geschossen. Man umarmt sich, steckt die Köpfe zusammen, posiert, als kenne man sich seit dem Kindergarten. Das «Duckface» – das Verziehen des Mundes zu einer Schnute, um auf Fotos gut auszusehen – ist die Lingua franca dieser Generation.

Mit Flüchtlingen reden

Organisiert wurde die Politik-Woche von der Fachschaft Geschichte der Kantonsschule Uster. Die Leitung hatten die Lehrerinnen Jenny Oertle und Brigitte Schüller. Die grösste Herausforderung sei es gewesen, die neunzig Schülerinnen und Schüler im Programm unterzubringen – denn die Asylheime seien so überfüllt, dass lange unklar gewesen sei, ob ein Besuch überhaupt möglich sei. Aber der Aufwand habe sich gelohnt. Die Klassen hätten keine Berührungs-

ängste gehabt, selbständig den Inhalt der Lektionen ausgedacht und nun sogar ohne ihr Zutun Geschenkkörbe vorbereitet.

«Ein Ziel der Woche ist es, mit Flüchtlingen und nicht über Flüchtlinge zu sprechen», sagt Oertle. Sie hoffen mit dem Projekt die Schülerinnen und Schüler zu inspirieren, sich mit der komplexen Thematik auseinanderzusetzen.

Denn: «Es wird an dieser Generation liegen, das Problem zu lösen.» Während der Politik-Woche möchten sie die Asyldebatte in einem möglichst breiten Spektrum vorstellen. In den vergangenen Jahren wurden so auch immer wieder Schülerinnen und Schüler politisiert. Es folgten Eintritte in die Grüne Partei, aber auch in die SVP.

Vor dem Mittag geht es noch in die Turnhalle zum Staffettenlauf. Eine Sechstklässlerin und ein grossgewachsener syrischer Flüchtling schlendern zum anderen Gebäude. «Wie alt bist du eigentlich», fragt sie. Er sei einundzwanzig. Sie kichert: Er ist nur drei Jahre älter als sie. «Du siehst genau aus wie mein Ex-Freund.» Lustig, antwortet er. Für ihn sähen alle Westeuropäer irgendwie gleich aus. «Nein, das stimmt doch gar nicht», protestiert die junge Frau – «Ihr im Osten seht doch alle gleich aus!»

Ausschreibungen für Kantonsspital wiederholt

Kaum Interesse an Bauprojekten

jhu. · Es war schon eigenartig: Im letzten Dezember musste die Zürcher Bau- und Bauregierungsverwaltung zwei Bauausschreibungen für das Kantonsspital Winterthur (KSW) abbrechen, weil sich gerade einmal ein einziges Unternehmen für eines der beiden Projekte interessierte. Ein regulärer Wettbewerb kam damit nicht zustande. Von diesem Ausgang war auch die Bau- und Bauregierungsverwaltung überrascht und kündete an, der Sache auf den Grund zu gehen (NZZ 11. 1. 16). Mittlerweile liegt ihre Analyse vor: Die meisten Unternehmen seien am Jahresende schlicht zu beschäftigt gewesen, um entsprechende Eingaben zu machen, andere wiederum hätten die Ausschreibung übersehen.

Die geplanten Parkplätze an der Brunnengasse würden nun Ende Februar erneut ausgeschrieben. Das Projekt für die geplante Passerelle wird hingegen in Einzelarbeiten wie Stahlbau und Holzbau aufgeteilt und so ausgeschrieben. Dies, weil es schlicht zu wenig Anbieter gibt, die alleine alle Arbeiten ausführen können. Die beiden Projekte sind Vorarbeiten für den geplanten Spitalneubau. Laut Baudirektion verzögert sich das Grossprojekt durch die Neuausschreibungen nicht.

PAROLENSPIEGEL

Kanton Zürich

Lohndumping-Initiative

Am 28. Februar gelangt die kantonale Lohndumping-Initiative der Gewerkschaft Unia zur Abstimmung. Neu soll das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) eine sofortige Betriebs-einstellung beziehungsweise einen Arbeitsunterbruch anordnen, wenn ihm ein Kontrollorgan einen begründeten Verdacht meldet und sich die beschuldigte Unternehmung nicht kooperativ zeigt. – Die NZZ empfiehlt, die Initiative abzulehnen.

Ja	SP, GP, EVP, AL
Nein	SVP, FDP, GLP, CVP, BDP, EDU

Rekurs- und Beschwerdeverfahren

Wer Rekurse oder Beschwerden gegen die öffentliche Verwaltung einreicht, muss sich an Fristen halten; der Staat hingegen ist in den Verfahren nicht grundsätzlich an Fristen gebunden. Um gleich lange Spiesse zu schaffen, will der Kantonsrat für beide Seiten eine 30-tägige Frist einführen. Die Gegner befürchten massive Mehrkosten für den Staat.

Ja	SVP, FDP, GLP, BDP, EDU
Nein	SP, GP, CVP, EVP, AL

Bildungsinitiative

Die Bildungsinitiative fordert, dass für alle Zürcherinnen und Zürcher der Besuch der öffentlichen Bildungseinrichtungen im Kanton grundsätzlich kostenlos ist. Sie zielt in erster Linie auf die Abschaffung der Studiengebühren an den kantonalen Hoch- und Fachhochschulen. Diese erscheinen im nationalen und internationalen Vergleich als tragbar; für Härtefälle gibt es Stipendien. – Die NZZ empfiehlt, die Initiative abzulehnen.

Ja	SP, AL
Nein	SVP, FDP, GLP, EVP, CVP, BDP, EDU
Stimmhaltung	GP

Grundbuchgebühren

Wer eine Liegenschaft kauft oder verkauft, muss Grundbuchgebühren bezahlen. Der Ertrag ist so hoch, dass aus ihm unter anderem defizitäre Amtsbereiche subventioniert werden. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat will den Gebührensatz von 1,5 auf 1 Promille senken. Die Linke hat zusammen mit der EVP das Referendum ergriffen. – Die NZZ empfiehlt ein Ja.

Ja	FDP, SVP, CVP, BDP, EDP
Nein	AL, GP, SP, EVP, EDU

Spitalbetten fürs Erdbebengebiet

Vom Limmattal nach Chile

jhu. · Das verheerende Erdbeben im September 2015 mit einer Stärke von 8,3 hat in Chile nicht nur 13 Menschen das Leben gekostet, sondern auch viele Spitäler stark beschädigt. Etwas Hilfe nicht finanzieller, dafür aber praktischer Art liefert nun das Spital Limmattal. Zusammen mit dem Malteserorden Schweiz und der chilenischen Fachschaft hat das Spital am Freitagmorgen 90 ausgemusterte Spitalbetten in drei Transport nach Chile verladen. Die Betten seien in gutem Zustand und für ihren neuen Einsatzort nochmals überholt worden, schreibt das Spital in einer Medienmitteilung. Es handelt sich dabei bereits um die dritte Tranche, die nach Chile geliefert wird. Damit aber noch nicht genug: Nach den Spitalbetten sollen zusätzlich noch 140 Pflegebetten in Zusammenarbeit mit dem Malteserorden nach Chile verschickt werden.

Party-Zonen sind durchgefallen

In Bern ist die Forderung für nicht praktikabel befunden worden

Spezielle Ausgehzeiten wären in Zürich in Industriezonen möglich. Allerdings setzt man bei der Stadt auf andere Massnahmen zur Vermeidung von Konflikten mit Anwohnern.

fbj. · Das Nachtleben sorgt in der Stadt Zürich immer wieder für Konflikte. Die Macher des Zürcher Klubs «Hive» forderten deshalb im Interview wohnfreie Ausgehgebiete. Die Stadt solle diese schaffen, damit Lärmmissionen nicht inmitten von Wohnquartieren stattfinden. «Gäbe es in Zürich vier oder fünf wohnfreie Gebiete wie das Geroldareal, hätte man viel weniger Lärmprobleme», sagt Nicola Schneider, einer der vier «Hive»-Betreiber. Die Stadt brüste sich zwar gerne mit einem vielseitigen Nachtleben, plane dafür aber keinen

Platz ein. Hintergrund der Forderung ist die Kontroverse um die Ausgehmeile Langstrasse. Anwohnern sind die vielen Bars und Klubs, welche die ganze Nacht geöffnet haben dürfen, ein Dorn im Auge. Umgekehrt beschwerten sich die

Nachtleben und leben lassen

Kommentar auf Seite 15

Clubbetreiber, es zählten nur die Interessen der Anwohner. Einzelne, nach dem Klub zugezogene Anwohner reichten aus, um eine Lokal mit Lärmklagen zur Aufgabe zu zwingen. Der Zürcher Polizeivorsteher Richard Wolf lancierte deshalb einen runden Tisch zum Nachtleben. Ein Wirtetelefon, Abfallkonzepte und eine Sensibilisierungskampagne

sind aus diesem Projekt entstanden. Grundsätzlich wären in Zürich auch spezielle Ausgehzeiten möglich, nämlich in Industriezonen. Allerdings befinden sich diese eher an der Peripherie und sind für Klubs entsprechend weniger interessant. Zurzeit stehen sie denn auch nicht zur Debatte.

Über ein solches Konzept für das Nachtleben ist vor einigen Jahren bereits in der Stadt Bern diskutiert worden – und zwar im Zusammenhang mit der nächtlichen Schliessung des Reitschulenvorplatzes. Damit wollten die Initiatoren, Clubbetreiber und linke Parteien mehr Rechtssicherheit für Klubs schaffen. Vorgeschwobt wären ihnen Zonen mit gelockerten Lärmvorschriften. Die Idee wurde in Bern zwar geprüft, jedoch schnell wieder fallengelassen, weil sie sich als nicht praktikabel erwies. Vor allem rechtliche Hürden sprachen gegen die Schaffung solcher Party-Zonen.

